

Teuerung und Arbeitslosigkeit.

Eine Aktion der deutschen Sozialdemokratie.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie und der Klub der Reichsratsabgeordneten haben in ihren Sitzungen vom 19. und 20. d. über die Maßnahmen, die gegen die Teuerung und die Arbeitslosigkeit vorzugehen sind, unter anderem gefordert: Die Festsetzung von Großhandelshöchstpreisen für die Brotfrüchte und die planmäßige staatliche Organisation der Getreideversorgung; die Regelung der Mehl- und Brotversorgung durch einheitliche Mahl- und Backvorschriften; die Organisation der Zerealien- und Futtermittelleinfuhr.

Angeichts der herrschenden Arbeitslosigkeit werden gefordert: die sofortige Vergebung und Zwangriffnahme der fälligen staatlichen Arbeiten und Lieferungen; die Einführung einer staatlichen Unterstützung der Arbeitslosen; die Bereitstellung der für diesen Zweck nötigen Mittel im Betrage von mindestens 500 Millionen Kronen, entweder im Wege eines Zwanganlehens bei den vermögenden Korporationen und großen Steuerträgern oder im Wege der Ausschreibung eines Wehr- und Notkassensbeitrages auf das Vermögen.

Zur Fürsorge für die durch die Kriegsergebnisse unmittelbar Betroffenen wird gefordert:

Ausdehnung des Gesetzes betreffend den Unterhaltsbeitrag für Angehörige der Mobilisierten auf die für längere Zeit zur Kriegsdienstleistung Einberufenen; Erlass eines neuen Gesetzes, durch das für die Witwen und Waisen der Gefallenen sowie für die durch die militärische Dienstleistung ganz oder teilweise erwerbsunfähig Gewordenen eine ausreichende dauernde Versorgung geschaffen wird; die staatliche Fürsorge für die durch die kriegerischen Ereignisse unmittelbar betroffenen Gebiete.

Im Auftrage des Klubs haben gestern die Abgeordneten Dr. Adler, Seis, Renner, Seliger und Vittoni diese Forderungen dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh vorgelegt. Dieser erklärte, daß eine Reihe von Maßnahmen sowohl in Bezug auf die Lebensmittelpolitik als in Bezug auf die Arbeitsbeschaffung in Angriff genommen sei. Insbesondere seien Bestellungen von Fabrikbetriebsmitteln, Zwangriffnahme von Bauten, insbesondere auch in der Provinz, weit über das im Budget regelmäßig vorgesehene Maß hinaus verfügt worden.